

An die Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung,
Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung,
Antidiskriminierung und
Bürger*innenbeteiligung**

Geschäftsführung: Ansgar Rohner
Telefon: 06421 201-2005
E-Mail: ansgar.rohner@marburg-stadt.de
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12
Uhr Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 08.02.2022

Einladung

**Bitte beachten Sie
die 3G-Regelung!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und
Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)** am

**Donnerstag, dem 17.02.2022, 16:30 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg**

lade ich Sie ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2021
- 3 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments
- 4 Anträge des Ausländerbeirats

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 4.1 | Antrag des Ausländerbeirates betr. Gründung eines Runden Tisches für Seelsorge für Migrant*innen | VO/0462/2021 |
| 5 | Anträge der Fraktionen | |
| 5.1 | Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber*innen | VO/0541/2022 |
| 6 | Kenntnisnahmen | |
| 7 | Verschiedenes | |

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Roland Böhm

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)

Sitzungstermin: Donnerstag, 09.12.2021
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:06 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Roland Böhm - Marburger Linke	
-------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Alexandra Klusmann - SPD	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Jelena Noe - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Isabella Aberle - Klimaliste Marburg	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
------------------------	--

Protokollführung

Ansgar Rohner -	
-----------------	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Phillip Knaack - CDU	entschuldigt
----------------------	--------------

beratende Mitglieder

Andrea Suntheim-Pichler - BfM	entschuldigt
Matthias Pozzi - AfD	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Kirsten Dinnebier - SPD	entschuldigt
-------------------------	--------------

Gäste:

Frau Badizedegan, Frau Meier, Frau Dr. Newiger-Addy, Frau Tang, Herr Schmidt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung inklusive des nachträglich eingeschobenen neuen TOP 3 werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.11.2021

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Dritte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg VO/0430/2021

Dr. Spies stellt die Vorlage (VO/0430/2021) vor. Frau Dr. Newiger-Addy ergänzt im weiteren Verlauf der Sitzung die Ausführungen, wonach in dieser Vorlage die neuen Vorgaben aufgeführt werden. Die Vorgabenliste wird regelmäßig direkt auf der Beteiligungsplattform „marburgmachtmith.de“ aktualisiert.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die beigefügte dritte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg zu wichtigen Vorhaben des Magistrats gemäß Punkt 4.1.1 Vorhabenliste des Marburger Konzepts zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg (VO/6449/2018) fest. Mit der Beschlussfassung zur Vorhabenliste nimmt die Stadtverordnetenversammlung die aufgeführten Vorhaben des Magistrats zur Kenntnis. Sie begrüßt die durch diese frühzeitige Information entstehende Transparenz bei der Vorbereitung und Planung wichtiger Vorhaben der Verwaltung.

Das Gremium stimmt der Vorlage einstimmig zu.

zu 4 Anträge des Ausländerbeirats

zu 4.1 Antrag des Ausländerbeirates betr. Übersetzung der Spender-Fragebögen für Blutspenden

VO/0378/2021

Die Vorlage (VO/0378/2021) wird vom Ausländerbeirat (Frau Badizedegan) vorgestellt und kurz erläutert.

Beschluss:

Der Magistrat möge sich dafür einsetzen,

- die Übersetzung der Spender-Fragebögen alternativ Übersetzungshilfen zur Blutspende anzuregen,
- mehr dezentrale Blutspendenaktionen durchzuführen und anzuregen,
- weiter die Hemmschwelle für Blutspenden zu reduzieren.

Das Gremium stimmt der Vorlage einstimmig zu.

zu 5 Anträge der Fraktionen

zu 5.1 Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke und Klimaliste betr.: Seenotrettung

VO/0405/2021

Die Vorlage (VO/0405/2021) wird von den Bündnis90/Die Grünen (Frau von Rüden) vorgestellt.

Die CDU-Fraktion stellt einen Änderungsantrag: „Es soll die wichtige Arbeit in der Seenotrettung der Deutschen Marine unterstützt werden. Aufgrund dessen wird die Marine, aus dem Haushalt der Universitätsstadt Marburg, mit einmalig 10.000,- € bei ihrer wichtigen humanitären Arbeit unterstützt. Ferner wirbt die Stadt in der Bevölkerung für weitere Spenden und richtet dafür ein Spendenkonto ein. Diese Spenden können dabei, in Abstimmung mit einem Träger, auch für eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff im Mittelmeer, eingesetzt werden.“

Es folgt ein kurzer aber reger Austausch.

Im Anschluss der Diskussion wird der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 9 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Es wird in Abstimmung mit einem Träger eine Patenschaft für ein (konkretes) Seenotrettungsschiff im Mittelmeer übernommen. Die Initiativen anderer deutscher Städte und Regionen, z.B. Greifswald, Darmstadt und Bochum, können hier als Beispiel dienen. Für die Patenschaft werden für das Rettungsschiff aus dem Haushalt der Universitätsstadt Marburg jährlich 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ferner wirbt die Stadt in der Bevölkerung für weitere Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	0

zu 6 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Marburg, 10.12.2021

Vorsitz:

Protokoll:

Roland Böhm

Ansgar Rohner

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0462/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	14.12.2021
Antragsteller*in:		

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag des Ausländerbeirates betr. Gründung eines Runden Tisches für Seelsorge für Migrant*innen

Beschlussvorschlag

1. Ein Runder Tisch Seelsorge für Migrant*innen wird gegründet.

2. Zum runden Tisch sollen eingeladen werden:
 - Organisation der professionellen psychologischen Beratung
 - Migrant*innenselbstorganisationen
 - Religiöse Institutionen und Vereine
 - Universitätsklinikum Marburg-Gießen
 - DGD-Diakonie-Krankenhaus Marburg-Wehrda
 - Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf
 - Frauen helfen Frauen e. V. Marburg
 - Relevante Fachbereiche der Philipps-Universität Marburg
 - Sonstige relevante Personen oder Institutionen, die das Thema betrifft

Begründung

Die Zeit mit Corona hat gezeigt, dass Migrant*innen einen stärkeren Bedarf nach Seelsorge und psychologischen Angebote haben.

Das Thema der Seelsorge ist komplex und der Bedarf ist nicht ganz klar, sodass ein runder Tisch für das Thema sehr sinnvoll wäre.

Ziele eines runden Tisches Seelsorge für Migrant*innen wären:

- den Status Quo untersuchen, ob bereits psychologische Angebote von Migrant*innen angenommen werden und ob es weiteren Bedarf gibt.
- Wenn Bedarf besteht, zu untersuchen welcher und wie dieser etabliert werden könnte.
- Wie man für Migrant*Innen psychologische Angebote sichtbarer macht.
- Ausarbeitung eines Seelsorge-Konzepts für Migrant*innen in der Stadt Marburg.
- Vernetzung von Migrant*innenselbstorganisationen und Organisationen der professionellen psychologischen Beratung.

Die Koordination könnte die Verwaltung unter dem Projekt Gesunde Stadt übernehmen. Die inhaltliche Ausrichtung soll mit dem Ausländerbeirat koordiniert werden.

Gerne steht der Ausländerbeirat für die weitere Gestaltung des Runden Tisches zur Verfügung.

Aladin Atalla

Sylvie Cloutier

Sareh Darsaraee

Shadi Al Kayas

Marco André Batista Guerreiro

Marico Engel

Kristiana Donkova-Schalauske

Nirmal Singh Hanspal

Emri Ismani

Svetlana Kovatcher

Jehan Laktineh

Xiaotian Tang

Xin Zheng

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0541/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	01.02.2022
Antragsteller*in:	Marburger Linke	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber*innen

Beschlussvorschlag

Die Universitätsstadt Marburg zahlt Haushalten von Stadtpassinhaber*innen (jede*r Stadtpassinhaber*in) einen einmaligen Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich von 100 Euro für den Winter '21/Frühjahr `22, um steigende Energie- aber auch Lebenshaltungskosten durch einen städtischen Zuschuss für Menschen mit geringem Einkommen sozial abzufedern. Dieser Zuschuss soll im März 2022 ausgezahlt werden. Der Magistrat wird gebeten ein Modell zu entwickeln, dass der Zuschuss nicht bei Transferleistungen angerechnet wird, z.B. eine Gutscheinelösung. Die Maßnahme soll intensiv beworben werden.

Begründung

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise explodiert - vor allem für Öl und Gas, die zum Heizen genutzt werden. Bereits 2020 hatte es durch die CO₂-Bepreisung einen spürbaren Anstieg gegeben.

Auch die Stadtwerke Marburg haben 2021 und in einem geringeren Maße 2022 die Preise für Gasversorgung erhöht. Andere Anbieter kündigten sogar in größerem Maße Verträge. In der Folge übernahmen in Marburg die Stadtwerke die gesetzlich garantierte Grundversorgung, allerdings zu deutlich höheren Preisen.

Haushalte mit geringem Einkommen sind von steigenden Energiepreisen besonders betroffen, da

sie einen prozentual höheren Anteil des verfügbaren Einkommens für Energie und Wohnen aufwenden müssen als Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen.

Um den gestiegenen Heizkosten zu begegnen, plant die Bundesregierung im Sommer Bezieher*innen von Wohngeld einen einmaligen Zuschuss von mindestens 135 Euro zukommen zulassen. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hält diesen Zuschuss für zu niedrig und zu spät und fordert einen Zuschuss in Höhe von 500 Euro.

Die Universitätsstadt Marburg unterstützt Haushalte mit einem niedrigen Einkommen u.a. durch den Stadtpass. Im Jahr 2020 machten davon knapp 5000 Marburger*innen Gebrauch. Die Stadt sollte einen Beitrag leisten, dass diese Familien nicht durch steigende Energiekosten in weitere Not geraten.

Legt man die geschätzten Zahlen zugrunde, würden bei einem einmaligen Zuschuss von 100 Euro im März `22 dem städtischen Haushalt Mehrkosten von ca. 500.000 Euro entstehen. Eine Summe, die mit Blick auf die gute Haushaltssituation durch enorme Steuermehreinnahmen, mehr als vertretbar zu sein scheint.

Der Koalitionsvertrag „Eine gute Zukunft für alle – Unser Weg in die sozial-ökologische Moderne für Marburg“ bekennt sich zu bezahlbarer Energie für alle und zu einer Weiterentwicklung des Marburger Stadtpass. Mit einem einmaligen Zuschuss zur Energieversorgung können beide Ziele miteinander verbunden werden.

Renate Bastian

Anja Kerstin Meier-Lercher

Jan Schalauske

Roland Böhm

Miguel Sanchez-Arvelo

Tanja Bauder-Wöhr

Inge Sturm

Anlage/n

Keine